

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 301 A

BERLIN • Freitag, den 20. Januar 1933

2. JAHRGANG

Schleicher vor der Pleite.

W-er. Seitdem der große Ministerschleber und -stürzer, Herr von Schleicher, selber ans Licht der Öffentlichkeit gezogen worden ist und einige Taten vollbracht hat, die ihn nichts kosteten und die meisten anderen freuten, wie z. B. die Amnestie vom 20. Dezember und die Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Sommernotverordnung,

der praktisch durch die kämpferischen Aktionen der deutschen Arbeiterschaft sowieso außer Kraft gesetzt worden war —

seit diesen Heldentaten des angeblich klugen und sozialen Generale hat sich eine Schacherei herausgebildet um das Zustandekommen einer nationalen Konzentration, wie sie von den Herren um Schleicher im allgemeinen wegwerfender Weise nur den Ostjuden zugetraut wird. Man ist sich in den Kreisen, die sich für eine nationale Konzentration für fähig halten, offenbar noch nicht einig geworden über den Kaufpreis, man könnte auch sagen, über die Höhe der Anteile, die die einzelnen Gruppen in die neue Firma mit einzubringen haben. Durchaus entsprechend dem modernen Geschäftsverfahren sucht jeder bei diesem Handel möglichst wenig zu zahlen und möglichst viel zu ergattern.

Nun ist aber über all diese Handelei hinweg schließlich der 24. Januar ziemlich dicht herangekommen, der Tag also, an dem die Reichsregierung vorläufig noch verpflichtet ist, sich mit dem Reichstag zu unterhalten, und an dem sie parlamentarisch gestürzt werden kann. Die „gut unterrichteten politischen Kreise“ lassen am Mittwochabend ganz allgemein verlauten,

„daß die Ereignisse auf einen Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag zutreiben. Dieser Eindruck wird vor allem darauf zurückgeführt, daß an die Möglichkeit einer Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und Adolf Hitler nicht mehr geglaubt wird. Man ist auch nicht mehr der Meinung, daß Hitler zu einer Besprechung mit Schleicher bereit wäre. Die bisherigen Vermittlungsaktionen, die, wie versichert wird, übrigens ohne jede Initiative des Reichskanzlers stattfanden, hätten jedenfalls bisher zu nichts geführt. Was die gestrige Unterredung Dr. Hugenburgs mit Hitler angeht, so kann hinzugefügt werden, daß diese nicht einer Vermittlung im Sinne der akuten Frage des Verhältnisses zwischen Reichstag und Reichsregierung von Schleicher gegolten hat. Dagegen dürfte eine Unterredung zwischen Hitler und Herrn von Papen, die nun doch am Mittwoch nachmittag stattgefunden haben soll, dem Bemühen gegolten haben, eine Unterredung Hitler-Schleicher zustandezubringen. Da eine Anmeldung von Papens beim Reichskanzler aber nicht vorliegt, rechnet man damit, daß die Bemühungen Papens gescheitert sind. Ob von dritter Seite noch ein weiterer Versuch gemacht wird, ist nicht bekannt, wird aber nach Lage der Dinge auch nicht als besonders aussichtsreich betrachtet.“

Während es an unterrichteter Stelle noch vor wenigen Tagen hieß, daß die Reichsregierung in einer Zustimmung der Nationalsozialisten zu einer zweimonatigen Vertagung des Reichstages eine Tolerierung der Regierung betrachten würde, kann heute gesagt werden, daß unter den obwaltenden Umständen diese Meinung kaum noch weiter aufrechterhalten wird. Es verlautet weiter, daß die Regierung es nicht zu einem geschäftsführenden Kabinett kommen lassen will, das heißt also, daß sie für den Fall eines drohenden Mißtrauensvotums voraussichtlich vorher zur Auflösung schreiten dürfte. Als Zeitpunkt für die Neuwahl wurde am Mittwochabend mit ziemlicher Bestimmtheit der 19. Februar genannt, da der 26. Februar wegen der Faschingsfeiern in Süd- und Westdeutschland kaum in Frage kommen kann (!). Die erneut aufgetauchte Behauptung, daß es fraglich sei, ob Herr von Schleicher noch die Vollmacht zur Auflösung erhalten würde, wird in unterrichteten Kreisen als eine mehrfach bereits dementierte Zweckdarstellung bezeichnet.“

Nach dieser Meldung scheinen also Neuwahlen ziemlich unvermeidlich zu sein. Wir stellen jedoch ein Gerücht hier ausdrücklich fest, von dem „Der Deutsche“ erfahren haben will, der, wahrscheinlich infolge seiner guten Beziehungen zu dem ehemaligen Reichskanzler Brüning und dem ehemaligen Arbeitsminister Stegerwald, über die Intrigen bei der Regierungsbildung jüngster Zeit immer gut unterrichtet gewesen ist. Danach sollen Pläne bestehen, nach Auflösung des Reichstages Neuwahlen bis auf weiteres hinauszuschleppen, und zwar mit Hilfe des Art. 48 und der Begründung, es läge ein „rechtlicher Notstand“ vor. Dieser rechtliche Notstand wird darin erblickt, daß der neue Reichstag wahrscheinlich ebenfalls arbeitsunfähig sein werde, und daß also eine peinliche Beobachtung der Bestimmungen der Weimarer Verfassung dahin führen müsse, letzten Endes die ganze Verfassung zu gefährden.

Um das Leben Huan-Pings.

Der Internationale Sozialistische Kampfbund, die Internationale Hilfsvereinigung und die Deutsche Friedensgesellschaft haben in einem gemeinsamen Telegramm an Tschiang-Kai-Schek die Freilassung des chinesischen Arbeiterführers Huan-Ping gefordert. Die Deutsche Liga für Menschenrechte und der Bund entschiedener Schulreformer haben ebenfalls, wie wir nachträglich erfahren, gegen die Verhaftung protestiert. Ebenso Lehrer und Schüler der Odenwald-Schule und eine Reihe von Ärzten und Wissenschaftlern. Eine Reihe kommunistischer Organisationen in den USA (Antiimperialistische Liga, Rote Hilfe, Liga für gewerkschaftliche Einheit u. a.) haben an Tschiang Hsue-Liang telegraphiert und die Freilassung Huan-Pings gefordert. Sie haben außerdem Demonstrationen vor den chinesischen Konsulaten in New York, Washington und San Francisco organisiert.

Ueber Huan-Ping ist seit der Nachricht von seinem Abtransport nach Nanking nichts Näheres zu erfahren. In der chinesischen Gesandtschaft in Berlin „weiß man nichts“. Man weiß wahrscheinlich wirklich nichts.

7000 Klassenkämpfer sind während des vergangenen Jahres in Japan verhaftet worden, Ende Oktober allein 2000. Diese Zahlen werden von den japanischen Behörden bekanntgegeben.

AUS DEM INHALT:

Richtlinien für Landräuber.
Nutznießer der deutschen Bodensperre.
Wirtschaftspolitisches Flickwerk.
Der Sonnenberger Polizei-Skandal.
Verein für das Deutschtum.
Der Kampf um die Sanierung.

Die Razzia vom Oktober schloß sich an die Verhaftung dreier Männer an, die eine Bank bei Tokio überfallen hatten und beim Verhör Ort und Zeit einer bevorstehenden Zusammenkunft kommunistischer Funktionäre verriet.

Etwas 200 Japaner drangen am Mittwoch in die Räume der amerikanischen Singer-Nähmaschinenfabrik in Yokohama ein und zerstörten die Einrichtung der Büroräume. Dies geschah, während das nicht-japanische Personal zum Mittagessen fortgegangen war. Es ist noch nicht klar, ob es sich um eine Sympathie-Kundgebung für die seit längerer Zeit streikenden japanischen Angestellten bei Singer oder um eine Explosion des Nationalismus handelt.

Prinzlicher Devisenschieber in Hitlers Dienst.

Die Berliner Justizpressestelle teilt mit: „Das Ermittlungsverfahren gegen den Oberstleutnant a. D. Prinz Ysenburg und den früheren badischen Rechtsanwalt Kienitz wegen Devisenvergehens ist auf Antrag der Verteidigung durch Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingestellt worden. Die Einstellung erfolgte, weil der Einwand der Beschuldigten, aus politischen Motiven gehandelt zu haben, als nicht widerlegbar angesehen wurde. Die Staatsanwaltschaft I hat gegen diesen Beschluß vorsorglich Beschwerde eingelegt.“

Am 13. Juli 1932 sind die beiden Genannten verhaftet worden, weil sie unter Umgehung der Devisenvorschriften etwa 250 000 Mark verschoben hatten. Die Beiden hatten die 250 000 Mark offenbar für die NSDAP zur Finanzierung des Wahlkampfes gesammelt und, um die Herkunft zu tarnen,

nach Frankreich gebracht und „von dort über den Credit Alsace et Lorraine in Saarbrücken an die dortige Reichsbankstelle“ überwiesen. Die Verteidiger wollten sich auf den Vorwurf, daß es sich um Gelder für die Nazis handelte, seinerzeit nicht äußern, „da Prinz Ysenburg sich durch ein Ehrenwort verpflichtet halte“. Die „Vossische Zeitung“, also gewiß kein Hetzblatt, schreibt über den prinziplichen Herrn:

„Es ist jetzt gerichtsnotorisch, daß Prinz Ysenburg für die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ bei der Schwerindustrie Geld gesammelt hat und daß dieses Geld, offensichtlich aus steuerlichen Gründen, getarnt über Frankreich nach Deutschland geflossen ist. Die Ablehnungsversuche helfen nichts mehr. Ueber wesentliche Geldquellen der Nationalsozialisten hat der Fall Ysenburg eindeutige Klarheit gebracht.“

Darum sei es gerechtfertigt, sich über einen einzelnen Punkt der Verfassung hinwegzusetzen, um die Gesamtverfassung vor der Zerstörung zu bewahren.

Daß diese abenteuerliche „Argumentation“ nichts mehr mit Verfassung einer Republik zu tun hat, ist klar. Wenn man erst den allgemeinen Notstand proklamiert, dann fängt schließlich jeder nach Belieben an, aus diesem Notstand das für ihn passende herauszuschlagen; der allgemeine Notstand bedeutet dann eben das allgemeine Faustrecht. Daß dies moralische oder rechtliche Hemmungen hervorrufen würde bei Menschen, wie sie am 20. Juli an die Macht gekommen sind, glauben wir natürlich nicht.

Wir glauben vielmehr, daß, wenn heute die herrschende Klasse noch einigermaßen, wenigstens formal, sich in rechtlichen Bahnen bewegt und nicht auf dem Wege des bloßen Faustrechts, sie dies deshalb tut, weil sie innerhalb dieses Faustrechts die Faust der Arbeiterschaft vorläufig noch zu sehr fürchtet.

Die Arbeiterschaft Belgiens und Frankreichs hat gerade in jüngster Zeit wieder den Weg gezeigt, auch in Sachsen zeigen sich hoffnungsvolle Ansätze zur Bildung der Einheitsfront und zur Aktivierung der Arbeiterschaft. Die deutsche herrschende Klasse hat unter unzüglischer Geduld der deutschen Arbeiterschaft einen Stümper nach dem andern als Staatsmann präsentiert. Auch der mit großem Tamtam selbst durch linkere Kreise Deutschlands empfangene Herr von Schleicher steht, wie zu erwarten war, am Ende seines Lateins. Gerade wenn die Arbeiterschaft sich nicht rechtzeitig aufrafft, diesen ganzen Klüngel energisch beiseite zu schieben und die Regelung ihres Geschicks in die eigenen Hände zu nehmen, bleibt für die herrschende Klasse nichts weiter übrig, als die Maßnahmen, die für den äußersten Fall einen, wenn auch grauenhaften Ausweg bieten:

die physische Niederschlagung der Arbeiterschaft durch den offenen Faschismus und durch den Krieg.



Arbeiterführer und Arbeiter, die dies verhindern wollen, und sie sind verpflichtet, das zu verhindern, haben sich heute mit aller Kraft dem Vorbild der Genossen anzuschließen, die unter Hintansetzung alles Parteigezänks und aller theoretischen Streitfragen weitergehender Art zu einer gemeinsamen Abwehrfront bereits zusammengefunden haben.

Der Kampf der belgischen Arbeiter.

Vorläufig liegen über den Kampf der belgischen Arbeiter nur spärliche Nachrichten vor. Aber wenn auch über Einzelheiten nicht viel zu erfahren ist, so zeigt doch jeder neue Bericht, daß die Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten sich in Belgien bewährt. „L'Humanité“, die Zeitung der französischen Kommunisten, schreibt: „Unsere Genossen nehmen an den Demonstrationen der Belgischen Arbeiterpartei (SP) teil. Besonders im Bergwerksgebiet von Borinage hat die Bewegung einen mächtigen Umfang angenommen. Dort hat sich die Einheitsfront noch vom Bergarbeiterstreik des vergangenen Sommers her erhalten, es bedurfte daher keiner neuen Beschlüsse, um gemeinsame Aktionen der Kommunisten und Sozialisten in Gang zu bringen. Auf einigen Zechen wird bereits gestreikt. Die Demonstrationen sind in manchen Orten von einer Größe, wie sie selbst im vergangenen Sommer kaum jemals zustande kam.“

Englands Handel mit Japan.

Um die Ausplünderung Chinas.

Gu-n. Dem Genfer Neunzehner-Ausschuß war bei seiner Bildung u. a. die Aufgabe gestellt worden, die Durchführung der damals bereits vom Völkerbundsrat in der Mandchurei-Frage gefaßten Beschlüsse zu überwachen. Zu diesen Beschlüssen gehörte der auch von Japan anerkannte, daß die japanischen Truppen in die Eisenbahnzone zurückgezogen werden sollten. Diese Aufgabestellung des Neunzehner-Ausschusses ist noch nicht ein Jahr alt (März 1932), und ihre Vergleichung mit den jetzigen Händeln in dem Ausschuß zeigt, mit welcher Wucht inzwischen der vorstoßende Imperialismus die schon damals kümmerlichen Ansätze einer internationalen Rechtsordnung beiseite geschoben hat.

Der vorstoßende Imperialismus — und keineswegs der japanische allein! Denn was sich aus den jetzigen Genfer Machenschaften in deutlicheren Umrissen abhebt, ist die unverhohlene

Verständigung zunächst des englischen Imperialismus mit dem japanischen Partner um den englischen Beuteanteil auf Kosten Chinas.

Bereits im Dezember trat der englische Außenminister mit seiner außerordentlich japanfreundlichen Rede in Genf hervor. Seitdem ist die Japanfreundlichkeit mehr und mehr der herrschende Ton in der konservativen englischen Presse geworden. Diese Entwicklung wird unterstrichen durch

ein Manöver des Generalsekretärs des Völkerbundes, des Engländers Drummond.

Der Genfer Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schildert dies so: Ein Mitglied der japanischen Delegation kam zu Drummond und bat ihn, einen Text zu entwerfen, der geeignet sei, von der japanischen Regierung als ihr Gegenvorschlag zu der Dezember-Entscheidung des Neunzehner-Ausschusses vorgelegt und von diesem Ausschuß erwogen zu werden. Drummond hat sich dann in der Tat daran gemacht, mit dem Japaner zusammen „eine Formel“ zu entwerfen, und diese ist dann über Matsuoka nach Tokio zur Begutachtung telegraphiert worden. Die Antwort wurde zu Mittwoch erwartet; das war der Grund für die Vertagung des Ausschusses vom Montag auf den Mittwoch. Inzwischen hielten aber die Japaner nicht den Mund, und so kam es, daß der chinesische Delegierte Yen dem am Montag zusammengetretenen Ausschuß schriftlich eine scharfe Ablehnung des Vermittlungsvorschlages vorgelegt hat.

Es ist klar, daß das Verhalten des Völkerbunds-Sekretärs mit der eindeutig überparteilichen Haltung, die man von einem Richter internationaler Konflikte verlangen muß, durchaus unvereinbar ist.

Um so vereinbarer scheint es mit dem Kurs der englischen Außenpolitik zu sein.

Der „Manchester Guardian“ charakterisiert diesen Kurs wohl richtig dahin, „daß die englische Regierung, alarmiert

durch die Gefährdung wichtiger britischer Interessen infolge der militärischen Maßnahmen der Japaner, jetzt versuche, sich Japan zu kaufen auf Kosten Chinas“. Ebenso wie britische Flottenchefs versucht hätten, die Chinesen zu einer Vereinbarung über die „Neutralisierung“ von Schanghai zu bewegen, so sei es „offensichtlich die Politik der britischen Regierung, auch andere chinesische Städte zu neutralisieren“.

„Neutralisieren“, „offene Tür“

das sind verschiedene Ausdrücke dafür, daß die imperialistischen Räuber alle etwas von China einstecken möchten.

Der sogenannte japanische Gegenvorschlag hat am Mittwoch dem Neunzehner-Ausschuß vorgelegen.

Ueber seinen Inhalt ist bekannt geworden: 1. daß Japan die Einbeziehung der russischen und der amerikanischen Regierung in das Vermittlungsverfahren des Völkerbundes strikt ablehnt; 2. daß die vom Ausschuß zu fassende Entscheidung die Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung Mandschukuo nicht berühre. Der Ausschuß hat beschlossen, zunächst Matsuoka zu fragen, ob Japan den ursprünglichen Vermittlungsvorschlag des Ausschusses von Ende Dezember annehmen könne, falls die beabsichtigte Einladung der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands fallen gelassen werde. Der Dezember-Vorschlag enthielt über Mandschukuo die Feststellung, daß weder der frühere noch der gegenwärtige Zustand anerkannt werden könne, eine Feststellung also, die nach dem japanischen Gegenvorschlag gestrichen werden müßte. Eine neue Ausschußsitzung ist noch nicht wieder angesetzt worden. Drummond und Hymans verhandeln zunächst mit Matsuoka, dieser dann mit Tokio u. s. w., u. s. w.

Inzwischen lassen die Japaner kaum ein Interview verstreichen, ohne

mit ihrem Austritt aus dem Völkerbund zu drohen.

Und in bezug auf die USA hat der japanische Kriegsminister der japanischen Presse gesagt, die Einstellung Amerikas zu den Vorgängen im Fernen Osten, wie sie aus den amerikanischen Blättern hervorgehe, sei für die Japaner uninteressant; die Aufregung der amerikanischen Öffentlichkeit sei ihm unverständlich; Japan habe doch zur Zeit der amerikanischen Militär-Operationen in Nikaragua starke Zurückhaltung gezeigt.

Die Engländer scheinen sich angesichts dieser Frechheit zu sagen: laßt uns zusehen, was wir von den Japanern einhandeln können, solange wir sie noch in Genf am Tisch haben; außerdem haben wir dann gegenüber den Amerikanern die Vorhand in dem Handel.

Die chinesischen Stimmen

drängen mehr und mehr auf eine „selbständige“ Politik. Auch vom Austritt Chinas aus dem Völkerbund ist wieder stärker die Rede. Von der chinesischen Politik wird noch zu reden sein.

Die östlichen Nachbarn.

1. Dauernde Neutralisierung Oesterreichs?

Der „Daily Telegraph“ brachte eine Meldung, daß die französische Regierung neue diplomatische Schritte beabsichtige, um Oesterreich für dauernd „neutral“ zu erklären, d. h. ihm etwa den Status der Schweiz zu geben. Hierdurch soll jede wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland oder Italien verhindert werden.

Die internationale Stellung der Schweiz ist gewiß nicht die schlechteste. Die Schweiz hat praktisch keine Außenpolitik (was im Vergleich zu der gefährlichen Außenpolitik anderer Staaten ein Vorteil ist) und ist bestimmt nicht maßgeblich an der Hetze zu neuen Kriegen beteiligt. Wenn der Bericht des „Daily Telegraph“ richtig ist, würde die Neutralität Oesterreichs aber nicht nur darin bestehen, auf Außenpolitik zu verzichten, sondern Oesterreich müßte wirtschaftlich „selbständig“ bleiben, was jedoch die Lebensfähigkeit der österreichischen Wirtschaft solange stark beeinträchtigen würde, wie die Handelspolitik der mit Oesterreich in Verkehr stehenden Staaten sich in der Errichtung von Handelschranken erschöpft.

2. Der Waffenschmuggel.

Zur Erwiderung auf die sozialistische Interpellation über den Waffenschmuggel von Italien durch Oesterreich nach Ungarn, der durch die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aufgedeckt worden ist, erstattete Pierre Cot in der französischen Kammer Bericht über die Informationen, die die französische Regierung hierüber eingezogen hat. Bundeskanzler Dr. Dollfuß habe zugegeben, daß 27 Waggons Waffen über die italienisch-österreichische Grenze transportiert worden seien. Dies allein stelle, so erklärte Cot, schon eine Verletzung des Vertrags von St. Germain dar. Der französische Gesandte in Wien habe Anweisung bekommen, dafür zu sorgen, daß derartige Fälle sich in Zukunft nicht wieder ereignen.

Um die russischen Vorkriegsschulden.

Angeblieh werden demnächst Verhandlungen stattfinden zwischen der Sowjet-Union und Frankreich über die französischen Ansprüche aus alten Vorkriegsschulden des zaristischen Rußlands. Die Anregung zu diesen Verhandlungen ist nach einer Meldung der „Telegraphen-Union“ unmittelbar von Frankreich ausgegangen. In dieser Meldung heißt es ferner, daß die Sowjet-Union Gegenforderungen aufstellen und Schadenersatz für die Anwesenheit französischer Truppen in Rußland zur Zeit des russischen Bürgerkrieges verlangen wird.

Bomben- und Eisenbahnattentate in Spanien.

In allen Teilen Spaniens werden von der Polizei Haus-suchungen vorgenommen, die bereits verschiedene kleinere und größere Bombenlager zutage förderten. In Logrono wurden 200 Bomben beschlagnahmt. In Bilbao explodierte eine Bombe in der Kirche, wodurch der Beichtstuhl zerstört wurde.

Der Schnellzug Madrid-Barcelona stieß bei der Durchfahrt durch die Station Cetina infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen. Drei Personen wurden getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt. Es wird vermutet, daß es sich wieder um einen Sabotageakt handelt, wie sie immer noch häufig verübt werden.

3. Die Reichsregierung zur Revision der Ostgrenzen.

In einer Berliner Meldung der französischen Telegraphen-Agentur Havas heißt es, Reichsaußenminister von Neurath habe erklärt, daß die Reichsregierung bei dem augenblicklichen Stand der Dinge nicht daran denke, selber die Initiative zu einem Antrag auf Revision der Ostgrenzen Deutschlands zu ergreifen“. Er habe hinzugefügt, daß, wenn Deutschland in Genf aufgefordert würde, neue Verträge hinsichtlich seiner Grenze mit Polen zu unterzeichnen, es diesem Antrag seinen Willen entgegenzusetzen müßte,

diese Grenze nicht anzuerkennen und daran zu erinnern, daß Deutschland ihre Revision zu erreichen wünsche.

Von Berliner zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß der Außenminister diese Erklärung nicht abgegeben habe, sie jedoch dem Standpunkt der Reichsregierung entspreche.

4. Tschechoslowakei-Polen.

In Warschau wurde am Dienstag eine tschechisch-polnische Pressekonferenz beendet, auf der u. a. beschlossen wurde, in beiden Ländern auf eine gemeinsame Ausnutzung der polnischen Häfen Gdingen und Danzig und der tschechoslowakischen Donauhäfen zu wirken. Ferner wurde festgestellt, daß beide Staaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung der durch die Friedensverträge geschaffenen Grundlage ihrer Existenz haben. Die durch diese Verträge geschaffene Neuordnung Europas sei eine bessere und gerechtere. Angriffe auf diese neue Ordnung müßten darum zurückgedrängt werden. Versuche, den augenblicklichen Gebietszustand zu ändern, würden eine Bedrohung des Weltfriedens (seit wann besteht Weltfrieden?) bedeuten.

5. Rumänien.

Die rumänische Regierung hat den Beamten die Gehälter um 10—12 Prozent gekürzt.

Von den Kürzungen sind nur die Offiziere ausgenommen!

Der Prager Kraftdroschkenstreik.

Obwohl der Zentralverband der Automobil-Verkehrs-unternehmer die Beendigung des Prager Kraftdroschkenstreiks verordnet hat, geht der Kampf weiter. In ganz Prag fährt keine Kraftdroschke. Nur einige Pferdedroschken sind wieder ausgegraben worden. Der tschechische Innenminister erklärte, er werde sich bemühen, das von den Droschkenführern bekämpfte Gesetz in den Ausführungsbestimmungen zu mildern.

Unfälle beim Eislaufen.

Am 18. Januar gegen 16.30 Uhr brach der elfjährige Schüler Hans Günther Schneider aus Spindlersfelde beim Schlittschuhlaufen auf der Oberspree ein und ertrank. Die Leiche wurde in das Krankenhaus Köpenick gebracht.

Für 27 000 Mark Wertzeichen gestohlen.

In der Nacht zum 18. Januar drangen Einbrecher in ein in Bergfelde gelegenes Postamt ein und erbrachen den Geldschrank. Es fielen ihnen Wertzeichen im Werte von 27 000 Mark, und zwar für 12 000 Mark Invalidenmarken sämtlicher Werte und für 15 000 Mark Briefmarken in den Werten von 3 bis 80 Pfennig in die Hände.

Kampf um die Sanierung. Der Plan Chérons veröffentlicht.

K. M. Dienstag wurde der Plan für das zweite Zwölftel des französischen Budgets der Kammer und der Öffentlichkeit übergeben. In einer 178 Seiten langen Schrift sind die 171 Artikel des Gesetzentwurfes enthalten und außerdem eine ausführliche Begründung der Maßnahmen, vom Finanzminister verfaßt. In diesem Teil heißt es, daß das große Defizit nicht in erster Linie auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sei, sondern auf die schlechte Finanzwirtschaft während der vergangenen Jahre. Der Plan der Regierung sehe eine sofortige Deckung des Defizits und, sobald diese erreicht sei, die Aufnahme einer Kousolidierungsanleihe von 15 Milliarden Francs für die Umwandlung der schwebenden in eine langfristige Schuld vor.

Der Inhalt des Finanzplanes gleicht im wesentlichen den bereits früher angestellten Vermutungen. Die Gehälter der Beamten, die mehr als 12 000 Francs (2000 Mark) im Jahr verdienen, werden demnach, nur im Jahre 1933, um 2—10 Prozent gekürzt. Innerhalb von zwei Jahren sollen die überflüssigen Beamtenstellen abgebaut werden. Die Militärausgaben werden um 638 Millionen Francs — 106 Millionen Mark — gesenkt werden. Außerdem werden die Staatseinnahmen erhöht durch Aufhebung bisher gewährter Steuererleichterungen, durch Erhöhung sämtlicher direkten Steuern, darunter auch der bereits sehr hohen Erbschaftsteuer, um 5 Prozent, durch Erhöhung der Benzin- und Alkoholverbrauchssteuer und Einführung einiger neuer Steuern, ferner durch strenge Maßnahmen gegen die Steuerflucht.

Daß die Finanzvorlage im Parlament angenommen wird, wird allgemein stark bezweifelt. Nicht nur die Rechtsparteien und Sozialisten sind dagegen, sondern auch der linke Flügel der Radikalsozialistischen Partei ist unbefriedigt. Wenn die Regierung in der Kammer überhaupt eine Mehrheit bekommt, so wahrscheinlich nur nach bedeutenden Änderungen. Aber selbst wenn die Kammer in ihrer Mehrheit für die Regierung stimmt, so kann diese immer noch vom Senat gestürzt werden. Der Präsident des Senats, Jaenney, hat eine Rede gehalten, in der er sich scharf gegen das „Kartell“ (radikalsozialistisch-sozialistische Front) ausgesprochen hat und die „Wiederherstellung der Staatsautorität“ forderte. In manchen Kreisen wird der Senatspräsident bereits als künftiger Ministerpräsident einer Rechtsregierung betrachtet. Daß der Senat die Regierung Paul-Boncour ernstlich gefährden kann, geht daraus hervor, daß er mit großer Mehrheit die öffentliche Anschlagung der Rede des Senatspräsidenten beschloß.

Die Sozialisten haben ihren Gegenplan ausgearbeitet, den sie bei der Kammerdebatte, die Ende dieser Woche beginnt, vorbringen werden. Während der Ministerpräsident vor Veröffentlichung des Finanzplanes mit den Gewerkschaften verhandelte, setzte er sich mit den Sozialisten nicht vorher auseinander. Diese wiederum erklärten, daß es von den Gewerkschaften abhinge, ob sie ihre Stimmen für die Regierung geben könnten. In Frankreich vertreten also die Sozialisten wirklich die wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaften und nicht, wie es in manchen Ländern üblich ist, die Gewerkschaften „die politischen Interessen der SP.“

Den Gewerkschaften ist natürlich darum zu tun, die Massenkaukraft hochzuhalten. Darin haben sie völlig Recht. Mit einem Schlage ein Budgetdefizit von über 10 Milliarden Francs auszugleichen, geht aber kaum an ohne eine erhebliche Verringerung der Massenkaukraft. Im Interesse der Überwindung der Krise erscheint es daher im Augenblick besser, den französischen Staatshaushalt ein-zustellen unausgeglichen zu lassen. Wenn man das Defizit durch eine erhebliche Herabsetzung der Rüstungsausgaben etwa um 3 bis 4 Milliarden (von mehr als 15 Milliarden im vorigen Staatshaushalt) und einige kleinere Einsparungen halbiert und im übrigen Maßnahmen einführt, die auf die Dauer das Defizit zum Verschwinden bringen werden, wie etwa die Hebung der Massenkaukraft durch Einführung der Vierzigstundenswoche bei vollem Lohnausgleich, so ist damit weit besseres geleistet. (Durch die Herabsetzung der Rüstungsausgaben werden zwar Arbeiter in der Rüstungsindustrie freigesetzt werden, aber diese Freisetzung kann durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden.)

Welche Gefahr soll daraus erwachsen, das Budgetdefizit eine Zeit lang nicht voll zu beseitigen? Die einzige Gefahr, die überhaupt von Bedeutung wäre, wäre die, daß die Sparer den Kopf verlieren und ihre hundert Milliarden auf einmal in Sachwerte umsetzen wollen, was zu einer beträchtlichen Preissteigerung führen würde. Aber die französischen Sparer sind jetzt nicht nervös und werden es auch nicht werden, wenn die Krise nicht schlimmer wird und wenn die Regierung eine vernünftige Politik treibt sowohl in bezug auf die Gestaltung der Finanzen als auch in bezug auf die Abwendung der Kriegsgefahr.

Obwohl auch Blum im „Populaire“ die Ansicht vertritt, daß die vollständige Deckung des Defizits nicht auf einmal zu erfolgen brauche, sieht auch der Finanzplan der Sozialisten, soweit er bisher bekannt geworden ist, eine Deckung des größten Teils des Defizits vor. In diesem Plan wird die Regierung aufgefordert, mit den Regierungen anderer Mächte Verhandlungen aufzunehmen über die internationale Regelung der Währung und die Herabsetzung der Rüstungen. Außerdem soll ein internationaler Steuerdienst eingeführt werden zur Verhinderung der Steuerhinterziehung.

Zur Verminderung der Staatsausgaben fordern die Sozialisten: 1. Verwaltungsreform zur Ausmerzung der Doppelverdiener. 2. Uebertragung der Liquidierung der Kriegslasten aus dem Budget in die autonome Amortisationskasse. 3. Strenge Revision der Renten und Kriegshinterbliebenen-Unterstützung. Schaffung einer einheitlichen Versicherungsorganisation. 4. Öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ankurbelung der Wirtschaft. 5. Aufstellung genauer Listen aller Aktionäre zur Kontrolle der Börsenspekulation. Dazu kommen noch Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen und die Verstaatlichung aller Verkehrsmittel. Die Sozialisten meinen, auf diesem Wege 9,1 Milliarden Francs ersparen zu können.

Richtlinien für Landräuber.

Die Lehrerschaft soll Helfershelfer sein.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, das erst vor kurzem die im Interesse der antipolnischen Hetze stehende Ausstellung: „Ostpreußen, was es leidet — was es leistet“ veranstaltet hat, eröffnete jetzt eine Vortragsreihe für die Lehrerschaft Groß-Berlins. Der erste Abend diente Herrn Gouverneur z. D. Schnee, dem Präsidenten der Kolonial-Gesellschaft zur Verbreitung seiner Gedanken über Kolonien und Schule. Nachdem er erörtert hatte, was Deutschland alles auf dem Gebiet der Kolonisierung (d. h. der Vergewaltigung von Eingeborenen!) geleistet hätte, schlug er den Lehrern für die koloniale Verseuchung der Jugend folgendes vor:

„Ministerium der Kirchen und der Schulen Oldenburg

Oldenburg, den 23. September 1932.

Betrifft die Pflege des kolonialen Gedankens in den Schulen. Das Ministerium hat seit dem Verlust unserer Kolonien infolge des Friedensdikates von Versailles wiederholt darauf hingewiesen, daß der koloniale Gedanke im deutschen Volke und insbesondere bei der heranwachsenden Jugend lebendig zu erhalten ist, und daß die Schulen jede Gelegenheit benutzen sollen, das Verständnis für die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines überseeischen deutschen Landbesitzes bei der Jugend zu wecken und zu vertiefen. Das Ministerium will gern anerkennen, daß die Schulen im allgemeinen dieser Aufgabe gerecht zu werden bemüht sind, und daß manche sich durch liebevolle Pflege kolonialer Jugendgruppen und durch Verbreitung der kolonialen Jugendzeitschrift „Jumbo“ ganz besonders im Dienst dieser nationalen Sache betätigen. Doch scheint es angebracht zu sein, erneut daran zu erinnern, daß in die weitesten Kreise der Jugend unabhässig in den Schulen gepflegt und in die Ueberzeugung durchzusetzen, daß Kolonien für uns unbedingt notwendig sind zur Unterbringung unserer überschüssigen Bevölkerung und Beseitigung der „Raumnott“, zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg und zur Wiedererlangung unseres Ansehens als führende Kulturnation (!) der Welt.

Zugleich bringt das Ministerium in Erinnerung, daß die deutsche Kolonialgesellschaft, die es als ihre besondere Aufgabe betrachtet, koloniale Ueberlieferung und koloniales Wissen zu verbreiten, nach wie vor bereit ist, durch kostenlose Vorträge in den Schulen bei der notwendigen Aufklärungsarbeit behilflich zu sein.

An das Ev. Oberschulkollegium in Oldenburg.“

Dann sei die tapferer Verteidigung der Kolonien im Weltkrieg zu schildern unter Hervorhebung einerseits der militärischen Großtaten der deutschen Truppen und der unter deutscher Führung stehenden Eingeborenentruppen. Die rechtswidrige Wegnahme (!) der deutschen Kolonien durch das Versailler Diktat und die sich daraus ergebende (!) koloniale Forderung auf Rückgängigmachung des Kolonialraubs (!) sei darzulegen. Schließlich sei die für Deutschland bestehende Lebensnotwendigkeit (?) wieder eigenen Kolonialbesitz zu erlangen, eingehend zu behandeln. Dabei sei die Raumnott des deutschen Volkes (!) in den Vordergrund zu stellen. Es sei insbesondere darzulegen, was Kolonien für eine tatenfrohe Jugend bedeuten (?) Die Notwendigkeit eigenen Kolonialbesitzes sei dann im einzelnen in bezug auf die Versorgung Deutschlands mit kolonialen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, in bezug auf die Sicherung von Absatzgebieten, zu behandeln. Zum Schluß sei die deutsche Kolonialfrage vom Gesichtspunkt der „vollen Gleichberechtigung unseres Vaterlandes“ zu behandeln.

Daß es sich bei den Reden und Taten der Kolonialfanatiker nicht um eine für sie aussichtslose Tätigkeit handelt, geht hervor zum Beispiel aus einem

Erlaß,

den wir dem „Oldenburgischen Schulblatt“ vom 3. November entnehmen:

Beachtenswert ist das immer wiederkehrende Eingeständnis,

daß die Jugend mit dem Gedanken erfüllt werden müsse, daß in Deutschland kein Raum sei.

Wenn man nämlich warten wollte, bis dies in Deutschland jemand aus eigener Anschauung feststellte, würde man lange warten können;

denn Deutschland ist alles andere als ein Volk ohne Raum.

Sein ganzer Osten ist fast Raum ohne Volk, der nur deshalb nicht kolonisiert wird, weil die eingeborenen Großagrarien nicht so anständig sind wie die Neger oder andere Eingeborene, die sich erst dann gegen die kultivierten Herren aus Europa gewehrt haben, als diese ihnen Land und Leben teils überhaupt stahlen, teils ihnen das Leben mit Geschlechtskrankheiten und Schnaps ruinierten. Wenn

Zum Sonnenberger Polizeiskandal.

Wir berichteten bereits über den Ueberfall auf den Gemeindevorsteher Friedrichs in Sonnenberg, der von Nazis überfallen und von der Polizei nicht geschützt wurde. Ein langer Artikel der reaktionären „Braunschweigischen Landeszeitung“, der hieran etwas beschönigen soll, zeigt gerade eindrucksvoll, wie im Lande Braunschweig keine Spur der deutschen Reichsverfassung mehr geachtet wird. Der SS-Sturmführer Alpers, der Abgeordneter und Rechtsanwalt ist, jedenfalls vom Recht also so viel wissen muß, daß er die positiven Gesetze kennt, läßt feststellen, „daß der Gemeindevorsteher Friedrichs in stark betrunkenem Zustande auf der Dorfstraße an den aufgestellten Wachen der SS (die dort ein Manöver machte) in „Stahlhelm“-Uniform vorbeigekommen ist. Die Wache erfüllte entsprechend ihrer Aufgabe ihre Pflicht, da sie einen Führer vom Dienst in dem Herankommenden vermutete, als sie die Parole von ihm verlangte. Der Gemeindevorsteher hat darauf, wie es sein Zustand erklärlich machte, in aufgeregter Weise zu der Wache gesagt:

„Was bilden Sie sich ein? Ich bin hier Gemeindevorsteher und Ortspolizeibehörde. Sie haben hier gar nichts zu sagen, und ich werde sie sofort verhaften.“

Wir stellen also unsererseits fest: Die SS und andere Ueberfallgruppen veranstalten Manöver, stellen Wachen aus und halten Leute an, die sie nach der „Parole“ fragen. Daß einer auf diese Parole nicht antwortet oder sich die Belästigung verbittet, kann der famose Herr Alpers sich nur durch Betrunkenheit erklären.

Wir können uns unsererseits nicht erklären, wie jemand, der auf der Straße so belästigt wird, den Belästigern nicht ein paar hinter die Ohren knallt,

wie das der Posten in Sonnenberg und der herbeigerufene Onkel vom Dienst dutzendweise verdient hätte.

Der Charakter des Herrn Alpers aber wird noch deutlicher. Er erzählt nämlich vorher, daß der Gemeindevorsteher Friedrichs ein Jugendfreund von ihm war, den er jetzt wegen seiner Trinklust denunziert, die er offenbar selber teilt, da er eine so schwerwiegende Sache, wenn er sie für ein Laster hielt, wohl nicht fortwährend bei einem Jugendfreund geduldet oder die Beziehungen zu diesem bereits früher abgebrochen hätte.

Der Frechheit setzt Herr Alpers die Krone auf, indem er sich wegen des Verhaltens des Gemeindevorstehers und der Tatsache, daß er „in stark angetrunkenem Zustande in der unsachlichsten Weise Amtsbefugnisse auszuüben versuchte“, Beschwerde im Dienstaufsichtswege erstattet.

Die Aeußerung der Braunschweiger Schupo, zu dem Vorwurf, man habe den Ueberfallenen einfach sitzen lassen, ist geradezu klassisch. Hier ist sie:

Von dem Kommandeur der Schutzpolizei, Oberstleutnant Selle, wird erklärt, daß nach dem Meldebuch in der Nacht vom 14. zum 15. Januar ein Anruf bei der Schutzpolizei eingetroffen sei, der sich auf einen Ueberfall in Sonnenberg bezog. Der Anrufer habe am Telefon aber sehr undeutlich gesprochen, und es sei nicht festzustellen gewesen, um welches Sonnenberg es sich handle, ob es das Sonnenberg im Harz oder im Lande Braunschweig gewesen sei. Auch der Name des Anrufers sei trotz mehrmaliger Reklamationen nicht genannt worden. Der Anrufer habe dann den Hörer aufgehängt. Der Wachdienst sei von einem durchaus zuverlässigen Beamten geführt worden. Im übrigen, so erklärte Oberstleutnant Selle weiter, müsse es die Schutzpolizei bedauern, daß sich der Stahlhelm zwecks Klärung dieser Angelegenheit nicht mit dem Ueberfallkommando in Verbindung gesetzt habe.

Unser Vorwurf, daß die Polizei den Ueberfall durch die Nazis mindestens nicht verhindert hat, besteht hiernach völlig zu Recht. Ebenso unsere Forderung, den fraglichen Schupokommandeur deswegen vor Gericht zu stellen. Ob ein Rechtsanwalt wie Alpers weiter als Rechtsanwalt zugelassen werden dürfte, ist eine Sache, die die Anwaltskammern prüfen müßten. Wir unsererseits halten ihn für einen Rechtsanwalt nur insofern, als er ein Anwalt alles dessen ist, was rechts, also reaktionär ist.

Erwerbslosendemonstration verboten.

Für den 21. und 22. Januar hatten die Erwerbslosen vor, in Stuttgart einen Landeskongreß abzuhalten. Der Herr Polizeipräsident hat diese Veranstaltung jetzt verboten, weil die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet sei.

preußischen Staatstheater und zur Ausarbeitung von Sparmaßnahmen unter Aufrechterhaltung der vollen künstlerischen Leistungsfähigkeit der Institute. Dem Landtag soll von sämtlichen Staatstheatern und Staatskapellen eine

genaue Aufstellung aller beschäftigten Ausländer und aller nach 1918 naturalisierten Personen vorgelegt werden.

In einem weiteren Beschluß, der auf einen nationalsozialistischen Antrag zurückgeht, wurde das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die

„Ausstreuung volks- und wirtschaftsschädigender Gerüchte an der Börse“ mit Zuchthausstrafe belegt werde. Alle gesetzlichen Möglichkeiten gegen die Mißbräuche des Börsenhandels sollen rücksichtslos angewendet werden.

Geldbestellung bleibt, aber verstärkter Schutz für die Briefträger.

Die vielen Ueberfälle auf Geldbriefträger hatten eine Prüfung notwendig gemacht, ob man nicht die Zustellung von Geld und Wertbriefen durch die Post ganz einstellen, und dem Empfänger lediglich eine Nachricht zustellen sollte, daß er sich die betreffende Sendung abholen könne. Das Postministerium hat sich entschlossen, die Geldzustellung beizubehalten, aber die Briefträger durchweg zu bewaffnen. Es soll auch in größerem Maße als bisher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, dem Besteller einen Beamten zum Schutz mitzugeben.

Preußischer Landtag. Schul- und Kulturfragen.

Im Preußischen Landtag begann am Mittwoch nachmittags die Debatte über die Schulfragen. Der Sozialdemokrat Nöltig erörterte eine Reihe offenbar unsachlicher Fälle innerhalb der preußischen Personalpolitik, die sich gegen die Bezeichnung „Futterkrippenwirtschaft“ gerade in jüngster Zeit nicht mehr gut verhalten kann. Eine Bezeichnung, die die Personalpolitik allerdings auch unter sozialdemokratischer Leitung oft verdient hat.

Es wurden eine Reihe von Abstimmungen vorgenommen über Anträge der verschiedenen Ausschüsse:

Angenommen wurden Anträge des Hauptausschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, eine Kommission aus je drei Mitgliedern der Staatsregierung, des Landtags sowie aus nichtparlamentarischen Sachverständigen zu bilden zur Prüfung der Wirtschaftsführung sämtlicher

einer eine Geschichte der menschlichen Verkommenheit schreiben wollte, dann nähme in dieser Geschichte die sogenannte Kolonisierungspolitik einen der wesentlichsten Teile ein: Der Zug von Raubmördern und Tagedieben zu gutartigen Wesen unter der scheinheiligen Parole der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Belehrung der minder-kultivierten Völker.

Stamm immer noch große Teile der Lehrerschaft auf diese Stimmungsmache rinfallen, ja, sich an ihr beteiligen, wirft ein beschämendes Licht auf das Niveau dieses Standes, der seiner Bestimmung nach ein Vorbild an Bildung sein soll.

Er träumt, aber eigentlich ist es kein Traum, denn es ist ja kein Schlaf, daß der Himmel selber feuert, und daß Gott ein Artillerist geworden ist.

4.

Sie sitzen wieder einmal in der Bahn, aber in einer Feldbahn. Es geht sehr provisorisch zu mit den Weichen und den Schwellen und dem kreischenden, wildgeschüttelten Wagenmaterial, das in einer lächerlichen Hast, ohne recht von der Stelle zu kommen, dahinzottelt. Es ist vom Gegner übernommenes ausgeleiertes Zeug ältester Sorte.

„Die Franzosen haben dir ein Gelump im Verkehr!“ mißbilligt der Schaffner. „Das wenn wir daheim unsern letzten Bauern zum Umeinanderkutschieren anbieten wollten, die würden uns selber damit in die Hölle schicken.“

Kann sein, daß nun wir darin zur Hölle fahren, denkt Funk. — Also nicht zur Sanitätskompagnie, sondern zur Infanterie!

Denn mittlerweile ist offenbar geworden, wohin sie transportiert werden. Die Liller Kommandantur hat ihnen neue Ausweise gegeben, darauf steht, daß sie einer selbständigen bayerischen Reservedivision angehören und innerhalb dieses Verbandes einem Infanterieregiment.

Die letzte Strecke zu ihm ist nicht mehr lang. Sie sollen noch vor Mittag im Bereich ihrer Truppe sein. Am frühen Morgen, Kaffee und Kommißbrot im Bauch, aber ohne Wegzehrung, sind sie aufgebrochen. „Verpflegt werdet ihr von nun ab von eurem Feldtruppenteil. Und je eher ihr ihn erreicht, um so eher gibts was zu fressen.“

Das soll wohl ansprechen, sich in die Arme der Front zu werfen? In der Tat, es macht Eindruck. Der Bader sagt unterwegs, aus einem großäugigen Vorsichhinträumen heraus: „Ich glaub gar, wenn man ausreißen oder seine Ankunft nur verzögern wollt, man würde glatt verhungern dürfen.“

Der Schaffner gibt ihm recht. „Das ist schon so genial eingerichtet. Du kriegst nix, du kannst dir nix kaufen, ohne daß du nicht irgendwo eingereicht bist.“ Er hebt den neuen Kommandanturzetteln in die Höhe. „Ich glaub, du kannst keinen Furz mehr lassen ohne Ausweis.“

„Die Sanitätskompagnie hätten wir verpaßt“, seufzt der Bader. „Das Essen soll dort gut sein.“

„Das Essen wird immer besser, je weiter du hinten bist“, belehrt ihn der Holzer. „Hinten im Operationsgebiet ist's recht, aber noch weiter hinten, in der Etappe, da wird's erst zünftig. Mein Bruder, der in Gent hockt, wird fett wie eine Sau.“

„Sie werden uns auch beim Regiment nicht hungern lassen“, beruhigt ihn der Stöger.

Der andere ist empfänglich für Tröstungen. „Es wird überhaupt halb so schlimm werden, wie wir vielleicht meinen. Alte Leut' wie wir sind — man kann von uns nicht gar so viel verlangen. Und verpflegen, das ist wahr, muß man unsereinen da heraußen richtig. Sonst geht's überhaupt nicht.“ Er ist offensichtlich bereit dazu, es andernfalls nicht recht gehen zu lassen. Er versagt schon in Gedanken ausgiebig, man sieht es seiner leidenden Miene an.

Es ist ihnen gesagt worden, bis zu welcher Haltestelle sie mittrödeln sollen: bis La Vallée. Das Züglein hält unzählige Male, und der Trambahner ist in einer großen verkappten Unruhe, heftig buchstabiert er drauf los bei jedem Wort, das er vom Fenster aus erhaschen kann, das Französische zerbricht ihm fast die Zunge, aber er will La Vallée nicht versäumen, er will nicht zu spät aussteigen, denn er glaubt, man fahre ihn schnurgerade in die Front hinein. Und da ist möglichst bald aussteigen das Erspriesslichste. Daß sie der Front entlang bummeln in etwa zehn Kilometer Abstand, das wissen sie nicht.

Wie friedlich es aussieht! Welch schöner Herbsttag, den eine leise verschleierte Sonne umgildet. Da und dort schwimmen auf der Ebene Baumgruppen, üppige Inselchen, ihr Grün ist noch nicht im mindesten gelblich überhaucht. Es scheint keinen Tod zu geben — hier, wo er doch in jeder Ackerfurche zu Hause sein sollte.

Freilich, der Acker: er sieht merkwürdig aus. Man muß bei ihm an verstaubtes Gerümpel denken. Aber nehmen wir an, er feiert nur, er ruht sich aus. Auch die Kanonen scheinen zu feiern, man hört keinen Laut, wenn der Zug hält und sechs Ohren angestrengt in die Luft lauschen. (Fortsetzung folgt.)

A. M. FREY

DIE PFLASTERKÄSTEN.

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by S. Klempner Verlag AG. Berlin.

„Das meine geht auf und ab wie eine Wiegen“, meckert der Schaffner. „Du wirst alleweil mehr zum Deppen bei dem Betrieb, hab ich's nicht immer gesagt. Jetzt legen's dich gar in eine Hutschen, wie einen Säugling. Mein Lieber, wenn's bei den Huren drüben auch solche Betten haben, nacha drfst dich aber festklammern am Weib, sonst fliegst aus'm Sattel.“

Niemand antwortet.

Der Bader hat einen Rosenkranz zwischen den gefalteten Händen. Betet oder schläft er schon?

Funk liegt lange wach. Er hört Geräusche aus Nebenhäusern, Gesang, Gepolter. Er hört den Tritt einer Wache auf dem Pflaster. Er hört einen Hund heulen, erst nah und kurz, dann immer ferner und zunehmend kläglich. Ein Zug pfeift, Bahnwagen rollen, erst verschlafen, dann hastiger, dann prallen Puffer in einem unbeschwingten Klang grell aufeinander. Es folgt ein Stöhnen, als hätten sich die Wagen, die Räder verrenkt.

Vielleicht bereitet sich der Zug, der uns hergebracht hat, darauf vor, wieder heimzufahren. Die Wursthäute, die Zigarettenschachteln, um unsere vermehrt, fahren nach Hause. Wir nicht. Wir für lange nicht. Ach was, welch ein Optimismus, sagen wir doch gleich: vielleicht nie mehr.

Er horcht neuerdings. Nun ist die Stadt still. Er hört nichts mehr. Doch — er hört — mit versteckter Gewalt den nächtlichen Himmel weich erschüttert vom Geschützdonner.

Er hört es in den Schlaf hinein, zu jeder Minute des unerschütterlichen Schlummers, als die große, den ganzen Raum erfüllende Drohung, die nicht mehr weichen soll.

Innerer Aufbau einer revolutionären Partei.

Hk. Wieder sind eine Reihe ehemals führender Bolschewiken gemäßigert, andere verworfen worden — auf der vor einigen Tagen abgeschlossenen Moskauer Tagung des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Russischen Kommunistischen Partei.

Eismont und Tolmaschew wurden aus der Partei, Smirnow aus dem ZK der KPR ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie die Industrialisierungspolitik ablehnten und „die Wiederherstellung des Kapitalismus, insbesondere des Kulakentums, verfolgten“ („Rote Fahne“).

Drei anderen Genossen wurden strenge organisatorische Maßnahmen angedroht für den Fall, daß sie ihr bisheriges Verhalten fortsetzen würden; sie haben versprochen, keinen politischen Kampf gegen die Parteileitung mehr zu führen. Es handelt sich um: Rykow, früher Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, jetzt Postkommissar; Tomski, früher Leiter der russischen Gewerkschaften, jetzt Leiter des Staatsverlages; Schmidt, früher Mitglied des ersten Rats der Volkskommissare, in dem Lenin präsidierte. Diese drei sollen von dem Bestehen der oppositionellen Gruppe Eismont-Tolmaschew-Smirnow gewußt haben, ohne die Parteileitung davon in Kenntnis zu setzen.

Bucharin hat — nach einem Moskauer Bericht des „Berliner Tageblatts“ — in einer Rede auf der Moskauer Tagung einen scharfen Trennungsstrich gegenüber den Gemäßigten, seinen früheren politischen Freunden, gezogen. In der Wiedergabe des bürgerlichen Berichterstatters stößt die Rede wegen ihrer peinlichen Unterwürfigkeit gegenüber Stalin ab.

Diese Führerkrise ist chronisch und hat die KPR bereits den Verlust vieler der erprobtesten Revolutionäre gekostet.

Jeder Fall bedeutet eine Unterhöhnung des Vertrauens, dessen Genossen, die gemeinsam ein schweres Werk zu verrichten haben, unter einander bedürfen. Es verschlimmert nur das chronische Uebel, diese Erschütterung des Vertrauens zuzudecken unter dem üblichen Satz, mit dem auch dieses Mal die Berichte schließen: „Das Plenum billigte ... und sprach der Zentralkontrollkommission sein Vertrauen aus.“

In Wahrheit ist niemand beruhigt und kann es nicht sein.

Wie das überlaute Singen eines Menschen, der seine Angst übertönen will, klingen folgende Worte, die Bucharin, dem zitierten bürgerlichen Bericht zufolge, gesagt haben soll:

„Die Generallinie der Partei ist richtig und die historisch entstandene Führerschaft unserer Partei, mit dem Genossen Stalin an der Spitze, dieser energischen, eisernen Figur, hat sich gänzlich das Recht zur Führerschaft in der weiteren Entwicklung errungen. Es ist eine monolith zusammenschweißte und zusammenhaltende Leitung. Rund um diese Führung müssen wir uns in Waffenbrüderschaft scharen.“

Dürfen wir uns nicht über eine ernste Sorge um die Zukunft der Revolution hinwegsetzen! Wo liegen die Ursachen jener chronischen Funktionskrise und wie lassen sie sich abstellen? Das ist hier die für einen Revolutionär einzig interessante Frage.

Dem „BT“-Korrespondenten ist ein aufschlußreicher Ausdruck entschlüpft: er sprach von Bucharins Mitorganisatoren der früheren Rechtsopposition.

Hier liegt bereits der Spaltplatz: in der Schaffung organisierter oppositioneller Gruppen.

Mit der Organisierung oppositioneller Gruppen wird die Entscheidung über ernste Fragen — und die Probleme des sozialistischen Aufbaus sind nicht leicht zu lösen — notwendig auf ein verhängnisvolles Geleise geschoben:

die Entscheidung wird der Machtausweinandersetzung der Gruppen anvertraut, statt allein der Untersuchung von Gründen.

Die Bildung organisierter Oppositionsgruppen hätte keinen Sinn, wenn in der Partei nur die größere Ueberzeugungskraft der vorgebrachten Gründe entscheiden würde. Wer also eine Opposition organisiert, der geht bereits von der Voraussetzung aus, daß in dieser Partei nicht die besseren Gründe, sondern die größere Macht entscheidet. In dieser Voraussetzung haben die russischen Oppositionellen leider recht —, und in der Tatsache, daß es sich so verhält, liegt das Grundübel, an dem die Partei krankt, und nicht nur die KPR.

Die Frage, wie man das Uebel ausmerzen kann, läßt sich grundsätzlich leicht beantworten — so viel Wachsamkeit, Mut und Energie es auch kosten mag, in der Praxis des Parteilebens diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen. Grundsätzlich können wir — in Anlehnung an ein schönes Wort von Nelson — sagen:

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“

M. F. in G. 5.— M.; E. L. in S. 41.42 M.; R. S. in S. 0.30 M.; L. in St. 30.— M.; K. K. in C. 5.92 M.; H. S. in B. 8.40 M.; R. L. in B. 45.75 M.; K. H. in S. 6.50 M.; A. W. in B. 4.— M.; A. F. in S. 5.— M.; E. D. in B. 5.— M.; H. F. in B. 5.— M.; L. H. in S. 10.— M.; E. R. in H. 10.— M.; E. B. in J. 100.— M.; A. A. in M. 5.— M.; K. M. in M. 10.— M.; R. L. in O. 30.— M.; L. W. in J. 3.— M.; E. A. S. in D. 3.70 M.; P. K. in B. 1.64 M.; H. L. in M. 5.— M.; B. W. in H. 5.— M.; E. D. in B. 8.30 M.; R. B. in P. 4.80 M.; P. F. in S. 10.— M.; L. S. in F. 3.— M.; W. G. in P. 100.— M.; W. S. in R. 3.50 M.; H. L. in M. 11.— M.; F. W. in M. 8.31 M.; W. B. in H. 1.— M.; P. S. in B. 20.— M.; A. S. in B. 3.50 M.; W. M. in K. 50.— M.; H. D. in G. 5.— M.; R. Z. in H. 3.— M.; K. M. in M. 5.— M.; F. S. in A. 15.— M.

Allen, die auf diese oder andere Weise helfen, den „Funken“ zur Flamme werden zu lassen, ein herzliches: Einheits!

Redaktion und Expedition des „Funken“.

Ehe-Privileg.

„Wer arbeitslos und, ohne eigenes Vermögen zu besitzen, in einer Zeit wie der heutigen heiratet, sofern er keine bestimmten Aussichten dafür hat, daß der Zustand seiner Arbeitslosigkeit in nicht allzu ferner Zeit beendet sein würde, handelt wenig verantwortungsvoll, sich, seiner Familie und dem Staate gegenüber.“

Dieser Satz entstammt der Begründung für eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Duisburg. Dieses Gericht hat es abgelehnt, einem Arbeitslosen, der geheiratet hatte, zu seiner Unterstützung einen Familienzuschlag von 3,50 Mark pro Woche zu bewilligen.

Die Entscheidung bedeutet, daß die Ehe ein Privileg für Wohlhabende ist, wie die Umgehung des § 218 längst ein Privileg für Wohlhabende ist.

Die Frage der Verantwortung ist ernster, als der anscheinend satte und befriedigte Richter sich träumen ließ, als er davon sprach. Nicht nur mittellose Proletarier stehen vor der Entscheidung, auf die Freude, Kinder zu haben, zu verzichten. Es handelt sich darum, daß, solange die Ausbeutergesellschaft existiert, Menschen notwendig sind, die auf vieles verzichten, um der Revolution „nicht nur ihren freien Abend zu widmen, sondern ihr ganzes Leben“ (Lenin).

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lipmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Mittwoch, 25. Januar, 20.15 Uhr, Verbands-haus der Buchdrucker, Am Wall 82, I. Thema: Weltkrieg droht! — Kriegsgegner an die Abwehrfront!

Essen: Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, Wirtschaft Kulturbrook, Beuststr. 49. Thema: Die Kriegsgefahr wächst — Arbeiter an die Abwehrfront! — Rednerin: Eva Lewinski.

Göttingen: Freitag, 20. Januar, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims; Thema: Die innen- und außenpolitische Lage.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landhelme, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Eisenplatz 12

Maßarbeit **erstklassig und billig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Selten Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Sprechapparate
Koffer • Schatullen • Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebot!
OTTO PFOTENHAUER
Wolmar, Röhrstraße 40

ISK
Monatsschrift d. Internationalen Sozialistischen Kampfl-Bundes.
HANS LEHNERT:
Der Umbau des deutschen Reiches.
HELLMUT RAUSCHENPLAT:
Die ökonomischen Forderungen des ISK.
Deng Yen-Da.
(Dem Andenken eines chinesischen Revolutionsführers!)

Zum Nachdenken: Die Schwarze Internationale.

8. Jahrgang
Januar 1933

IVA-Berlin / Preis 20 Pf.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter Käse, Eier Landbrot

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg?
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.

Rudolf Schönhell
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 3, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
Seit 17. Januar:
Douglas Fairbanks in **Der vierte Musketeer** mit Adolphe Menjou, Barbara la Marr, Fred Niblo **Der Boss**
Nach dem Roman von Mark Twain: „Ein Yankee am Hofe des Königs Artus“ mit Will Rogers u. Mirna Loy
Anfangszeiten: 18. 18. 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Euro Zeitung!
Wird Abonnement Sammelbestellung bevorzugt bei Einheiten unsere bevorzugt

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 5471

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes von Ku Hung-ming.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Übersicht: Die christlichen Kriegen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Studien mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Wirtschaftspolitisches Flickwerk.

Der Schutz der Schuldenmacher.

Der Krach zwischen Reichslandbund und Reichsregierung brachte es an den Tag, daß nämlich die Reichsregierung eine Ausdehnung und Verlängerung des Vollstreckungsschutzes plane. Warum noch mehr Vollstreckungsschutz? Nach den Äußerungen der Schleicher-Regierung hätte man eher annehmen können, daß der Subventionssumpf — vor allem im deutschen Osten — etwas austrocknen würde.

Die Großagrarien haben ihre Beziehungen zu Hindenburg ausgenutzt. Sie haben ihm gewiß so viel von der großagrarischen Not vorgepatert — die er übrigens wohl in Neudeck am eigenen Leibe verspürt —, daß er im Verein mit seinen Standesgenossen von der Schleicher-Regierung Hilfe verlangt hat.

Der General Schleicher selber wird in Erwägung gezogen haben, daß die Selbstversorgung mit einem so wichtigen Nahrungsmittel wie Getreide eine nützliche Sache ist. Was würde eine Margarine-Verordnung nützen, wenn im Notfall nichts vorhanden ist, auf das die Margarine gestrichen werden kann? Darum Erhaltung der Getreideproduzenten, auch wenn es Hunger und Elend kostet!

Die Not der Bauern wird immer größer. Sie müssen Beruhigungspillen bekommen, sonst bleiben sie nicht mehr bei der Stange und kehren eines schönen Tages dem Landbund den Rücken. Darum muß man ihnen zeigen, daß etwas für sie getan wird: Vollstreckungsschutz, Zölle auf landwirtschaftliche Produkte u. s. w.

Der Flicker.

Wie sieht der Flicker aus, den die Schleicher-Regierung mit dem Datum vom 17. Januar versehen und auf das fadenscheinige Gewebe der deutschen Wirtschaft gesetzt hat?

Die wichtigste Bestimmung der Verordnung ist, daß die durch frühere Notverordnungen festgesetzte

Einstellung von Zwangsversteigerungen ganz allgemein um weitere sechs Monate verlängert

wird, nicht etwa nur für landwirtschaftliche Betriebe.

Die Vollstreckungsfristen würden im März und April dieses Jahres ablaufen, und die Betriebe müßten dann zur Zwangsversteigerung angesetzt werden. Diese Zwangsversteigerungen können nun bis zum 31. Oktober 1933 hinausgehoben werden, wenn der Schuldner mit den Jahreszinsen weniger als eineinhalb Jahre im Rückstand ist.

Der Mobiliar-Vollstreckungsschutz, der für landwirtschaftliche Betriebe vom 8. Dezember 1931 bis zur Ernte 1932 bestanden hat, wird jetzt wieder eingeführt bis zur Ernte 1933. Voraussetzung für diese Art des Vollstreckungsschutzes ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt. Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden.

Neu aufgenommen wurde der Schutz für die Winzer, deren Wein unter Vollstreckungsschutz gestellt wurde, da man dem Winzer angeblich nicht die Mittel nehmen dürfe, die für die Fortführung des Betriebes unbedingt notwendig seien, was einen neuen ungeheuren Preissturz des Weines zur Folge gehabt haben würde.

Noch Aussichten für Siedlung?

Die Osthilfesisicherungsbetriebe, die als nicht entschuldungsfähig aus dem Sicherungsverfahren entlassen werden, erhalten keinen neuen Vollstreckungsschutz. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß sich die Gläubiger, die von den Sicherungsbetrieben ohnedies nur wenige Zahlungen erhalten konnten, vorwiegend an die freien Betriebe wenden. Wenn man noch einen nachträglichen Vollstreckungsschutz für Sicherungsbetriebe gewähren würde, würde die Lage der freien Betriebe um so schlechter werden.

Hier bestehen also noch Aussichten für die Siedlung. Nach den Angaben des Reichsjustizministers Dr. G ü r t n e r befinden sich

zur Zeit etwa 60 000 bis 70 000 Betriebe im Sicherungsverfahren.

Werden auch hier noch Wege ausgeklügelt werden, um die Siedlung zu umgehen? Die Interessenten, also Arbeiter und Bauern, müssen auf der Hut sein!

Die Folgen des Flickwerks.

Das fadenscheinige Gewebe wird nicht haltbarer dadurch, daß es mit einem neuen Flicker versehen wird. Die unrentablen landwirtschaftlichen Betriebe belasten die Wirtschaft außerordentlich stark. Für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung ist eine Beseitigung dieser Betriebe von ungeheurer Bedeutung. Würden die ostelbischen Pleite-Junker endlich ihren wirtschaftlichen Tod finden, dann könnten die Getreidepreise nach und nach sinken, dann würden die Arbeiter billigeres Brot und die Bauern billigere Futtermittel bekommen. Dann würde die Massenkaukraft steigen, und die Bauern würden für ihre Produkte einen größeren Markt finden. Dann wäre ein liberalerer Kurs in der Außenhandelspolitik leichter möglich als heute. All das und noch mehr ist nun wieder für eine Zeit lang vereitelt worden, „weil“ (so erklärte der Reichsjustizminister Dr. G ü r t n e r am Mittwoch vor der Presse) man noch nicht auf eine Sicherung der

Wieder ein Geschenk für die Großagrarien: Reichsausfallbürgschaft für Düngemittelkredite.

Wie nachträglich bekannt wird, hat das Reich in der Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag die Ausfallbürgschaft für Düngemittelkredite übernommen, damit die diesjährige Frühjahrsbestellung sichergestellt sei.

Im vorigen Jahr war es ebenso, und zwar handelte es sich damals um 90 Millionen Mark, von denen das Reich die Bürgschaft für 57 Millionen Mark übernahm und die Syndikate die restlichen 33 Millionen. Der Ausfall betrug im vorigen Jahr 2 bis 3 Millionen Mark.

Ernte 1933 verzichten könne“. Und was wird am 31. Oktober 1933 geschehen? Wird man dann auf die Sicherung der Ernte für 1934 verzichten können?

Wenn da nicht andere Mittel ergriffen werden, werden die Herren im Osten aus dem „Nicht-verzichten-können“ nie herauskommen. Sie werden die Massenkaukraft immer weiter ruinieren. Sie werden die Gläubiger immer weiter schädigen. Unzählige Handwerker, Ladeninhaber, Handelsfirmen u. s. w. kennen heute den Stand ihrer Vermögen nicht mehr. Sie wissen nicht, ob und wieviel sie jemals von ihren Er-

sparsissen wieder sehen werden. Jedes Vertrauen und jeder Anreiz zum Sparen wird auf diese Weise untergraben.

Dieses ganze ungerechte Machwerk geschieht zu Gunsten der völlig verkommenen und korruptierten Adelsklasse im Osten, — einer Klasse, von der das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, daß viele ihrer Angehörigen — die natürlich unter „Sicherungsschutz“ stehen — neuerdings dazu übergehen, ihre flüssigen Mittel nicht etwa zur Abdeckung von Verpflichtungen zu verwenden, sondern zum „Auskaufen“ ihrer Pächter.

Es ist wahrhaftig eine Schande für die organisierte deutsche Arbeiterschaft, daß sie das alles über sich ergehen läßt. Die Arbeiter täten besser daran, in gemeinsamer Arbeit den ostelbischen Interessentenhäufen und seine Helfershelfer unschädlich zu machen, statt einander zu bekämpfen.

Warmbold gegen Autarkie.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach am Mittwoch Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold.

Zum Streit mit dem Landbund.

Warmbold nahm zunächst Stellung zu einigen Bemerkungen über den Empfang der Landbundführer beim Reichspräsidenten und schilderte kurz die Vorgeschichte dieses Empfanges, an dem er selber teilgenommen hat. Es habe eine Aussprache über die Klagen oder Wünsche des Landbundes stattgefunden, und auf Grund dieser Aussprache hätten diese Dinge innerhalb der Reichsregierung beraten werden sollen. Der Reichspräsident habe ausdrücklich betont, daß er keiner einzelnen Gruppe dienstbar sein könne, sondern nur für das Ganze da sei. Der Minister betonte, er halte sich für verpflichtet, diese Wahrnehmung mitzutellen, weil damit die Folgerungen, die sonst an den Empfang geknüpft werden könnten, etwas anders aussehen würden.

Bedeutung des Außenhandels.

Warmbold führte dann unter anderem aus, daß unter den gegebenen Umständen für Deutschland nichts anderes übrig bleibe, als weiterhin zu versuchen, Aufträge

vom Ausland zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeit im Inland zu ergänzen. Die Fähigkeit der Landwirtschaft, Arbeitslose aufzunehmen, sei außerordentlich gering geworden und werde auch dann nicht nennenswert zunehmen, wenn Großbetriebe in Mittel- und Kleinbetriebe umgewandelt würden. (?) Es bleibe also nichts anderes übrig, als die Arbeitslosen außerhalb der Landwirtschaft zu beschäftigen. Welche Beschäftigungsmöglichkeiten gebe es aber dann noch in Deutschland, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft zurückzögen? Deutschland könne sich bald mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selber versorgen, es könne aber nicht die Rohstoffe schaffen, auf die die Wirtschaft angewiesen sei. Dazu brauche es Beträge in Höhe von mehreren Milliarden, und diese könnten nur bezahlt werden, wenn entsprechende Werte der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt verkauft werden könnten. Der Umstand allein, daß Deutschland Rohstoffe brauche, zwingt es, mit der Weltwirtschaft in Verbindung zu bleiben. Dann aber müsse man auch die Folgerung daraus ziehen und unbeschadet des Nutzens der eigenen Nahrungsmittelherstellung, den er an die erste Stelle setze, den Warenaustausch mit dem Ausland als notwendige Ergänzung betreiben. Dieser Warenaustausch sei auch gerade für die deutsche Landwirtschaft notwendig.

Hitler, Papen und Konsorten bei Kerl.

Die neue Konzentrations-G. m. b. H.!

In der Kerrischen Dienstwohnung trafen sich am Mittwoch Hitler, Kube, Göring und Papen mit einigen „Persönlichkeiten“ der deutschen Lodder-Wirtschaft — wahrscheinlich, um über die Firma: „nationale Konzentration“ und ihre Finanzierung zu reden. — Man will eine G. m. b. H. aufmachen, und zwar mit Arbeitsteilung: Hitler und Papen bringen die Beschränktheit ein, und die Wirtschaftsführer „haften“.

Es wird übrigens bestritten, daß auch v. Papen an dieser Besprechung teilgenommen habe. Dagegen erhalten sich die Gerüchte, daß jedenfalls eine neue Unterredung Hitler — Papen stattgefunden habe, oder noch bevorstehe.

Neue Verfassungsbrüche.

Der Nazi Kerl hatte am 18. Januar den preußischen Landtag nicht nur schwarz-weiß und schwarz-rot-gold, sondern auch schwarz-weiß-rot beflaggen lassen. Die Flaggen der früheren brandenburgischen Raubritter hatte er jedoch nicht aus dem Zeughaus herüberholen lassen.

Während Kerr's Rede über den Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 verließen die Kommunisten und Sozialdemokraten natürlich den Saal. Dann protestierten die Sozialdemokraten gegen die Beflaggung, die mit der Reichsverfassung nichts mehr zu tun hat. Sie beantragten sofortige Unterbrechung der Sitzung, damit der Aeltzenrat zu dem sozialdemokratischen Protestantrag Stellung nehmen könne. Die Unterbrechung wurde abgelehnt.

Göring hatte auf dem Hause des Reichstagspräsidenten (gegenüber dem Reichstagsgebäude) nur schwarz-weiß-rot flaggen lassen.

Einheitsfront der Reaktion.

Der 18. Januar brachte eine Reihe von Reichsgründungsfeiern, von denen zu erwähnen ist die in Weimar, wo sich „Stahlhelm“, Jungdeutscher Orden, SA und SS mit anderen Kriecher-Vereinen, ferner mit Turnern und Schulen zu einem gemeinsamen Fackelzug zusammenfanden. An der anschließenden Kundgebung nahmen auch Reichswehr und Schutzpolizei sowie Minister und Staatsräte des Landes Thüringen teil.

Der Berliner „Stahlhelm“ veranstaltete eine Feier, an der außer dem Bundesführer Duesterberg einige Hohenzollern teilnahmen zusammen mit Vertretern der Reichskanzlei und des Kultusministeriums, ferner waren dabei der Berliner Polizeipräsident Melcher und der Kommandeur der Berliner Polizei, Oberst Poten. Herr von Papen hielt die Hauptrede über seine Politik aus dem Glauben, bei der er inzwischen gemerkt hat, daß sie „bei einer gewissen Presse zynische Kommentare hervorgerufen“ habe.

Herr Bracht hielt eine Rundfunkrede, wie ein Dorfschulmeister in einem weitab gelegenen Dorf über Heimat-

kunde spricht, verbunden mit einigen romantischen Ergüssen, wie sie in Romanen von Stratz und Rudolf Herzog zu finden sind. Er behauptete hingegen, dies seien die Gedanken Bismarcks bei der Reichsgründung gewesen.

Betrachtungen über den Staatsstreich.

Der auf sozialdemokratischen Antrag eingesetzte Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages zur Nachprüfung der Vorgänge, die zur Einsetzung des Reichskommissars in Preußen geführt haben, hielt am Mittwochabend seine konstituierende Sitzung ab, Vorsitzender des Ausschusses ist Dr. Nicolai (NS). Zum Berichterstatter wurde bestimmt Grzesinski (Soz.), zum Gegenberichterstatter Brückner (NS). Der Vorsitzende wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit den Berichterstattern den Beratungsplan aufzustellen und den Zeitpunkt der nächsten Sitzung festzusetzen.

Verein für das Deutschtum im Inland.

Der Vorsitzende der Fraktion der traditionellen Gesinnungsschnüffler, die das Deutschtum mit Löffeln gegessen haben und vom Deutschtum leben, der Deutschnationalen im Preußischen Landtag, Herr Dr. von Winterfeld, hat an den natürlich ebenfalls deutschnationalen Kultus-Ersatzminister (andere als Deutschnationale werden in der Republik kaum noch Beamte, und die anderen, die drin waren, sind rausgeschnüffelt worden durch den famosen Herrn Bracht, den Republikaner-Riecher) — also: Herr von Winterfeld hat an Herrn Professor Dr. Kähler ein Schreiben gerichtet mit folgender denunziatorischer Deutsch-Tuererei:

„Die Ernennung des Herrn Professors Poelzig zum kommissarischen Leiter der vereinigten preußischen Kunstschulen hat in nationalen Kreisen, wie Ihnen bekannt ist, großes Befremden erregt. Leider glaubten Sie bisher, unseren Anregungen (!), beschleunigt einen nationalen Künstler auf den Posten des Direktors zu berufen, nicht entsprechen zu können. Nunmehr hat Herr Poelzig in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der preußischen Akademie der Künste

eine Einladung des belgischen Gesandten zum Besuch einer Ausstellung belgischer Kunst mit unterschrieben.

Ihre Vermutung, daß Herr Poelzig keinen Anlaß zu berechtigten Klagen geben würde, bewahrheitet sich also nicht. Es spricht nicht für ein genügendes Verständnis für nationale Würde, wenn der neue Leiter der preußischen Kunstschulen zur selben Zeit, in der Belgien rücksichtslos in Eupen Deutschtums-Interessen verletzt, eine Propaganda für belgische Belange unterstützt. Die deutschnationale Fraktion fordert nunmehr die sofortige Abberufung des Professors Poelzig.“

Leider hat Herr von Winterfeld den neuen Mann mit der gepachteten nationalen Würde noch nicht genannt. Also heraus mit der Sprache: Für wen suchen die Herren Schnüffler einen Posten?

Verein Deutscher Zeitungsverleger gegen Subventionen

Aber nicht gegen „außenpolitische“.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. hat folgende Entschliessung gefaßt:

„Bei der Kritik pressepolitischer Maßnahmen einzelner Regierungsstellen ist in letzter Zeit vielfach auch eine Frage erörtert worden, zu der sich die deutschen Zeitungsverleger berufenerweise zu äußern haben.

Nach den Grundsätzen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. ist es unvereinbar mit der Pflichtauffassung und der Verantwortung des Verlegers, unmittelbar oder auf Umwegen Subventionen jeglicher Art, insbesondere öffentliche Mittel, zu parteipolitischen oder überhaupt innerpolitischen Zwecken, anzunehmen. Die Verwendung derartiger Mittel zu solchen Zwecken ist zu verwerfen.

Durch Verstöße gegen diese Grundsätze werden außerdem falsche Meinungen über Möglichkeiten des Gesinnungskampfes erzeugt und böswillige Verallgemeinerungen gefördert, die das Ansehen der unabhängigen deutschen Presse ebenso schädigen, wie die Staatsautorität.“

Ganz im Stil einer „autoritären“ Regierung! Im übrigen: Schön! Zu außenpolitischen Zwecken darf also feste drauf los subventioniert — das heißt, „Gesinnungskauf“ getrieben werden. Oder meinte der VDZ es anders? Dann bitte deutlicher werden! — Uebrigens ist das nicht das einzige Mittel des Gesinnungskaufs in der herrlichen deutschen Republik. Eins besteht zum Beispiel darin, daß man Lehrer, die von ihrem Recht Gebrauch machen, aus der Kirche auszutreten, nicht als Lehrer anstellt. Wer darauf besonderen Wert legt, und charakterlich nicht in Ordnung ist, tritt den pfäffischen Aufsichtsbeamten und Ministern zuliebe wieder in die Kirche ein. Gerade solche Waschlappen aber bleiben dann Lehrer! Erziehung gibts dabei natürlich keine. Die Herren vom VDZ reden lustig von „böswilligen Verallgemeinerungen“; noch lustiger ist ihre Erwähnung der „unabhängigen deutschen Presse“; aber am lustigsten die „Staatsautorität“!

Deutscher Ausfuhrüberschuß 1932: 1,1 Milliarden Mark.

Außenhandelspolitik gegen Arbeiter und Bauern.

Deutscher Außenhandel in Millionen Mark.

Monat (M.-D.)	Insgesamt			Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
1913	898	841	-57	234	89	523	190	116	562
1917	1186	900	-286	361	37	599	217	212	644
1928	1187	1023	-164	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+3	319	58	600	244	189	819
1930	866	1003	+137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+240	164	30	289	151	102	615
1932	389	478	+89	124	17	201	86	61	374
1932 Jan.	715	775	+60	217	27	374	170	116	575
1932 Febr.	620	778	+158	172	24	331	160	113	591
1932 März	581	867	+286	171	29	297	172	111	662
1932 April	679	818	+139	192	33	367	160	115	620
1932 Mai	599	783	+184	171	30	311	154	113	593
1932 Juni	607	747	+140	167	25	322	150	114	566
1932 Juli	563	827	+265	167	31	287	151	106	641
1932 Aug.	454	803	+348	125	28	243	155	84	616
1932 Sept.	448	835	+387	131	32	228	153	85	646
1932 Okt.	483	879	+396	158	36	225	148	95	691
1932 Nov.	485	749	+265	141	33	251	124	89	589
1932 Dez.	491	738	+247	158	32	243	116	86	589
1932 Jan.	440	542	+102	141	22	221	102	75	417
1932 Febr.	441	538	+97	133	16	230	97	76	424
1932 März	364	527	+163	113	16	188	93	60	417
1932 April	427	481	+54	143	15	220	88	62	372
1932 Mai	351	447	+96	116	12	176	78	57	356
1932 Juni	364	454	+90	128	11	176	80	58	362
1932 Juli	366	431	+65	129	12	179	79	56	339
1932 Aug.	332	428	+97	105	15	174	79	50	334
1932 Sept.	360	444	+84	107	22	194	81	55	340
1932 Okt.	398	482	+84	128	23	207	87	58	371
1932 Nov.	393	475	+82	116	22	215	82	59	371
1932 Dez.	423	491	+68	127	18	232	84	60	387

*) Monats-Durchschnitte.
*) Einschließlich Reparationslieferungen.

68 Millionen Mark beträgt der deutsche Ausfuhrüberschuß im Dezember 1932, nur wenig mehr als ein Viertel des Ausfuhrüberschusses im Dezember 1931.

Die Dezember-Einfuhr ist um rund 30 Millionen Mark größer als im Vormonat; das ist eine wertmäßige Steigerung um 7 1/2 Prozent, während die Menge nur um 6 1/2 Prozent gestiegen ist. Die Zunahme der Einfuhr beruht vor allem auf der Mehreinfuhr von Kupfer und Südfrüchten.

Die Ausfuhr hat gegenüber November um 16 Millionen Mark zugenommen, und zwar geht die Steigerung hauptsächlich auf das Konto der Fertigwaren. Die Durchschnittswerte der Gesamtausfuhr sowie auch der Fertigwarenausfuhr zeigen keine merklichen Veränderungen gegenüber dem Vormonat.

Der deutsche Außenhandel ist im Jahr 1932 erheblich geschrumpft:

	1931		1932	
	insgesamt	Monats-durchschnitt	insgesamt	Monats-durchschnitt
	(Millionen Mark)			
Einfuhr	6727	561	4659	389
Ausfuhr	9599	780	5739	478
Ausfuhr-überschuß	2872	—	1080	—

Die Verminderung des Ausfuhrüberschusses um fast 1,8 Milliarden Mark ist in Anbetracht der hohen deutschen Auslandverschuldung äußerst bedenklich. 1932 konnten nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung noch 550 Millionen Mark Schulden abgetragen werden. Aber was geschieht, wenn im laufenden Jahr die Aktivität der Handelsbilanz noch weiter zurückgeht? Eine solche Entwicklung wäre bei der Zusammensetzung des deutschen Außenhandels nicht unwahrscheinlich, insbesondere bei einer Besserung der Konjunktur; denn dann pflegen die Preise für Rohstoffe — Deutschlands größten Einfuhr-Posten — schneller zu steigen als die Preise für Fertigwaren — Deutschlands wichtigsten Ausfuhr-Posten.

Die deutsche Regierung tut wenig, um die Schrumpfung der Ausfuhr zu hemmen; sie tut im Gegenteil alles, was dem deutschen Export schaden kann. Die neueste Tat, die in dieser Richtung geht, stieß Schweden vor den Kopf, ein Land, nach dem Deutschland 1931 für 266 Millionen Mark mehr Waren lieferte, als es von dort bezog. Der Landbund hat viel gezerrt wegen des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Im September vorigen Jahres kündigte die deutsche Regierung diesen Handelsvertrag, und seit Ende der vergangenen Woche gelten die Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit Schweden als endgültig gescheitert. Damit ist die Bahn frei für Zollerhöhungen auf eine Reihe land- und forstwirtschaftlicher Produkte. Noch heißt es in vielen Zeitungen, daß wahrscheinlich trotz der gescheiterten Verhandlungen kein Zollkrieg zwischen den beiden Ländern einsetzen wird. Aber diese Vermutungen sind sehr optimistisch. Die autonomen Zölle rücken nach dem Scheitern der deutsch-schwedischen Verhandlungen in greifbare Nähe. Die Folgen dieser Politik lassen sich leicht ausmalen. In den Leitartikeln aller englischen Zeitungen wird aus den gescheiterten Verhandlungen nicht ohne Grund der Schluß gezogen, daß nun die englisch-schwedischen Handelsbeziehungen lebhafter werden.

So verärgert die deutsche Regierung durch ihre Außenhandelspolitik, die zu einem bedeutenden Teil auf die Wünsche der Großagrarier eingeht, nach und nach alle Kunden der deutschen Industrie. Bereits Anfang Dezember vorigen Jahres teilte das Deutsche Institut für Konjunkturforschung in seinen Vierteljahreshften mit, daß die deutsche Industrie in den Gebieten, in denen sie mit englischen Waren konkurriert, weitgehend ausgeschaltet ist. Wir haben im „Funken“ schon wiederholt über Fälle berichtet, in denen ehemalige Käufer deutscher Waren es abgelehnt haben, weiter von deutschen Firmen zu kaufen, weil Deutschland die Einfuhr ihrer Länder erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Aus Dänemark wird erst neuerdings wieder gemeldet, daß Importeure für deutsche Warenbezüge überhaupt keine

Devisen erhalten oder doch prozentual weit weniger als für Einfuhren aus England.

Warum interessiert es uns als Sozialisten, daß eine kapitalistische Regierung durch ihre Außenhandelspolitik Kapitalisten schädigt? Die Schädigung der Kapitalisten kann uns in diesem Fall nicht gleichgültig sein, weil auch die Proletarier zu leiden haben, wenn der Export gedrosselt wird.

In diesem Zusammenhang ist eine Rede interessant, die das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, Direktor Karl Lange, am Dienstag in Berlin gehalten hat über das Thema: „Probleme der binnen- und weltwirtschaftlichen Lage der deutschen Maschinenindustrie.“ Die deutsche Maschinenindustrie ist eine ausgesprochene Exportindustrie, die zeitweise 60 Prozent ihrer Produktion im Ausland absetzte. 1925 beschäftigte sie rund 790 000 Menschen. Zur Zeit ist diese Industrie nur noch zu 30 Prozent ausgenutzt. — In anderen Exportindustrien ist die Lage nicht besser. — Diese Produktionsschrumpfung, die zu einem großen Teil mit verursacht wurde durch die Export-

schrumpfung, verfehlt natürlich ihre Rückschläge auf die Arbeiterschaft nicht.

Und nicht nur die Arbeiter werden geschädigt durch die Exportschrumpfung, sondern auch die Bauern. Lange führt in der erwähnten Rede aus:

„Wie wichtig der Export der Industrie für die landwirtschaftliche Beschäftigung ist, geht daraus hervor, daß fast 40 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion an die Industriebevölkerung abgesetzt werden, die zum erheblichen Teil für den Export arbeitet. „Wie stark die Lage der Landwirtschaft (besser der Bauern. Bey.) von der Kaufkraft der Industriearbeiterschaft abhängt, geht daraus hervor, daß die Preisentwicklung bäuerlicher Erzeugnisse der sinkenden Kaufkraft der Industriearbeiterschaft genau parallel vorlaufen ist.“

Diesen Zusammenhang stellt Lange ganz richtig dar: In diesem Fall laufen die Interessen von Arbeitern, Bauern und Exportindustriellen in gleicher Richtung. Wer von ihnen wird die Aktion gegen die ungerechte Interessenverletzung beginnen? Bey.

Ein Nutznießer der deutschen Bodensperre in Argentinien.

Hart an der Grenze der tropischen Zone, im argentinischen Gebiet Misiones, liegen am Alto Parana die Kolonien der Eldorado-Gesellschaft: Puerto Rico, Monte Carlo und Eldorado (Paradies). Wenn man den Prospekt dieser Kolonisationsgesellschaft liest und darin die schönen Bilder aus den Kolonien sieht, bekommt man Lust, seine Sachen zu packen und Schleicher-Deutschland für dieses Paradies einzutauschen. Viele Kolonisten sind auf Grund dieses Prospektes ausgewandert; sie sind Betrogene. Prospekt und Wirklichkeit stimmen nicht überein.

Ein Leser, der im Sommer nach Eldorado gefahren ist, schildert uns seine ersten Eindrücke. Wir lassen seinen Bericht hier auszugsweise folgen und stellen jedem Abschnitt einige Sätze aus dem Prospekt voran.

Prospekt und Wirklichkeit.

Prospekt: „Findet . . . unser deutscher Einwanderer hier (in Misiones) sein Glück? Und ist besonders Misiones geeignet, einer fleißigen deutschen Familie eine sorgenfreie Zukunft zu sichern?“

Diese Fragen sind in der Presse und von sozial eingestellten Männern in den vergangenen Jahren hundertmal gestellt worden. Heute jedoch sind sie erledigt, denn Misiones ist kein Problem mehr, sondern eine Wirklichkeit. Die Kolonien von Puerto Rico, Monte Carlo und insbesondere Eldorado bergen heute über tausend deutsche Familien, die glücklich und zufrieden auf eigener Scholle leben. . . .

In Misiones fehlt es vor allem an tüchtigen Menschen. Alle anderen Bedingungen zu einer günstigen Entwicklung sind mehr als reichlich vorhanden; das Klima ist gesund, der Boden fruchtbar

Die Wirklichkeit: Ein Siedler, der seit zwei Jahren in Eldorado ist, erzählt: Von meinem Lande habe ich einige Hektar mit Yerba (piner Tee-pflanze) bepflanzt. Die erste Ernte der Yerba kann aber erst in drei bis vier Jahren erfolgen. So bin ich bis jetzt nur auf mein mitgebrachtes Geld angewiesen. Bei den hohen Preisen für Lebensmittel sohmelzen die Spargroschen rasch dahin. Herr Schwelm, der Vorsitzende der Eldorado-Gesellschaft, empfahl meiner Frau, Gemüse für den Verkauf anzupflanzen; denn dafür sei guter Absatz vorhanden. Sie hat es wiederholt versucht, aber die Ameisen haben alles zerstört. In meinem Hühnerstall brach vor etlichen Tagen in der Nacht ein Puma ein. Bis ich erschien, hatte er schon zwei Hühner getötet und war gerade dabei, einem Hahn das Blut auszusaugen. . . . Meine Frau ist vor einigen Wochen nach Deutschland zurückgekehrt, um dort in ihrer alten Stelle Geld zu verdienen und mich hier damit zu unterstützen. Nur weil ich schon so viel Arbeit auf meinem Land geleistet habe, will ich es nicht verlassen, sondern weiter durchhalten. Hätte ich noch einmal die Wahl, so würde ich nicht mehr hier anfangen. — Dieser Bericht ist nicht der einzige; man kann deren viele zu hören bekommen.

Prospekt: „Außer der großen Anzahl bereits vorhandener und erprobter Kulturen, deren wichtigste ich noch anführen werde, können alle Pflanzungen mit Aussicht auf Erfolg angebaut werden, die in den Ländern gleichen Klimas ausgeführt werden . . .“ (Yerba Mate, Kaffee, Zitrusarten, Bananen, Ananas, Baumwolle, Mais, Mandioka, Kartoffeln, Tabak, Medizinalepflanzen, tropische Obstbäume, Maulbeerbäume, Gemüse.)

Wirklichkeit: Saftige Südfrüchte wie Orangen, Ananas u. s. w. sind für sie (die Kolonisten) unerschwinglich teuer. Bis die eigene Pflanzung davon etwas einbringt, vergehen Jahre, vorausgesetzt, daß auf ihrem Lande diese Früchte überhaupt gedeihen; denn es gibt in der Eldorado-Kolonie viele Landstriche, die stark unter Frösten zu leiden haben.

Prospekt: „In den Kolonien selber ist für die Unterkunft für die Zeit der Besichtigung des Landes bis zur Auswahl eines passenden Landstüches und bis dieses bezogen werden kann, in tadellos sauberen Gasthäusern zu billigen Preisen gesorgt.“

Wirklichkeit: Der Neuankömmling wohnt zuerst im „Einwandererhotel“ der Eldorado-Gesellschaft. Es ist ein einfaches Holzhaus. Fenster aus Glas fehlen. Die Oeffnungen werden während der Nacht durch Läden verschlossen. Im subtropischen Klima ist diese Bauweise wohl gebäulich, aber es wird wohl niemand behaupten können, daß der Aufenthalt in der kühlen Jahreszeit bei etwa 3 Grad Kälte in einem solch luftigen Haus ohne jegliche Heizvorrichtung eine Annehmlichkeit ist.

Prospekt: „ . . . es entstehen langsam Villenviertel . . .“

Wirklichkeit: Kolonisten, die etwa seit sieben oder acht Jahren auf dem Land sitzen und mit einer größeren Summe Kapital in Eldorado angekommen sind, wohnen zum Teil in

ganz schmucken Häusern. Diese sind aber in der Minderzahl gegenüber den vielen primitiven Hütten und Häusern aus Holz. . . . Schon seit über einem Jahr wohnt er (ein Siedler) mit seiner Familie unter Wellblechtafeln, die lose gebelförmig zusammengestellt sind. Was es aber heißt, auf blanker Erde, nur unter dem Schutz des Wellbleches bei Sonne und Regen zu leben, kann nur der beurteilen, der die heftigen Gewittergüsse und die Sonnenglut am eigenen Leibe verspürt hat.

Prospekt: „Die Wegefrage, eines der größten Schmerzenskinder jeder neuen und der meisten alten Kolonien, ist durch Einschluß einer Summe in den Kaufpreis geregelt. Eine von den interessierten Kolonisten selber gewählte Kommission verwaltet die Kasse und überwacht die Wege.“

Wirklichkeit: Das Auto, das uns vom Parana-Hafen in das Innere der Kolonie brachte, fuhr zu unserer Verwunderung mit Schneeketten vor. Bereits nach den ersten hundert Metern wurden wir von der unbedingten Notwendigkeit derselben überzeugt, nicht weil Schnee und Glatteis ein Vorwärtskommen verhindert hätten, sondern weil der aufgeweichte Fahrweg mit seinen ausgefahrenen Rinnen und tiefen Wasserlöchern eine Fortbewegung ohne diese Schmutzketten — wie ich sie hier bezeichnen möchte — vollständig unmöglich gemacht hätte. . . . mit einem Tempo von 10 bis 15 Kilometer Stundengeschwindigkeit konnten wir unsern Weg fortsetzen, stets besorgt, in einem Loch zu versacken.

Prospekt: „In der Kolonie Eldorado ist . . . für . . . einen geregelten Post- und Telegrammverkehr, ferner . . . für Schulen aufs beste gesorgt.“

Wirklichkeit: Telephon, das zum Beispiel zur Herbeirufung eines Arztes hier besonders notwendig wäre, ist nur auf einer Strecke von 4 Kilometer vorhanden. Die Postzustellung besorgen die Inhaber der Geschäfte aus Gefälligkeit. Tritt schlechtes Wetter ein, sodaß die Straßen unpassierbar werden, so heißt es eben, noch einmal acht Tage warten.

Es gibt wohl einige Nationalschulen und deutsche Privatschulen. Aber in vielen Fällen ist der Schulweg so weit, daß die Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder stundenweit durch den Urwald zu schicken. Ein Reitpferd anzuschaffen, erlauben die Mittel nicht, und so bleiben die Kinder viele Jahre lang ohne Unterricht. Aber auch dort, wo Gelegenheit zum Schulbesuch vorhanden ist, ist derselbe sehr eingeschränkt. Wie kann eine erfolgreiche Schularbeit zustande kommen, wenn der Lehrer zum Beispiel drei Schulen zu versehen hat und an jeder Schule wöchentlich nur zwei Tage Unterricht erteilen kann?

Nach solcher Vergleichung klingen die folgenden Worte, die sich im Vorwort des Prospekts finden, wie der reine Hohn: „Die Kolonisationsgesellschaft muß somit ihre Aufmerksamkeit in erster Linie denjenigen Hindernissen widmen, die, seien sie wirtschaftlicher oder kultureller Art, das Sicheinleben des neu angekommenen Einwanderers erschweren.“

Wo liegt das Paradies?

Der Vorsitzende der Gesellschaft weist in dem Prospekt darauf hin, daß es sich bei der Eldorado Kolonie „um kein willkürliches Werk handelt, sondern um ein wohlgedachtes“. Damit hat er recht, wenn er auch diesen Worten einen anderen Sinn beilegte. Dieses Kolonialwerk ist sehr gut durchdacht; es ist ein sehr raffiniertes Ausbeuterwerk. Möglich ist es nur auf Grund der Bodensperre in Deutschland. Sie treibt die Menschen übers Meer, jener Ausbeuter-gesellschaft argentinischer Bodenmonopolisten in die Arme.

Das „Eldorado“, das Paradies, muß in Argentinien wie in Deutschland erst erkämpft werden!

USA

Amerikaner kauft nur amerikanische Waren: Das Repräsentantenhaus hat mit 154 gegen 18 Stimmen eine Vorlage angenommen, die bestimmt, daß sämtliche amerikanischen Regierungsstellen in Zukunft nur noch amerikanische Waren kaufen dürfen.

ESTL ND

Wie sie den Außenhandel ruinieren: Die Einfuhr wird dadurch erschwert, daß bei Devisenkäufen zur Bezahlung der Einfuhr eine Steuer in Höhe von 15 Prozent erhoben wird. Die Ausfuhr wird dadurch gefördert, daß die Einnahmen aus der Devisensteuer zur Auszahlung von Exportprämien benutzt werden. Für alle exportierten Waren wird grundsätzlich eine Ausfuhrprämie von 7 Prozent gezahlt werden. Eine Sonderregelung erfolgt für den Export von Butter, Bacon und Eier; die Höhe der Prämien richtet sich bei diesen drei Produkten nach den Preisen.